

Frühe Hilfen als aktiver Kinderschutz

Rückgang der Kindstötungen – Zunahme der Hilfen

Rückblickend muss man den Herbst 2006 wohl als eine Art Zäsur für den Kinderschutz in Deutschland bezeichnen. Auch wenn damals angesichts tragischer Einzelschicksale von zu Tode misshandelten Kindern deutlich wurde, dass ein lückenloser Kinderschutz auch im Kontext eines Aufwachsens in öffentlicher Verantwortung – genauso wenig wie heute – möglich ist, so galt zu klären, welche weiteren Ressourcen für einen besseren Kinderschutz genutzt werden können. Dies ist für die Kinder- und Jugendhilfe nicht folgenlos geblieben. Zwar fehlen derzeit noch die Instrumente, um die Folgen derartiger Zäsuren umfassend empirisch beschreiben zu können, gleichwohl liefert auch die derzeitige Datenlage einige Hinweise hierzu. So zeigen sich Auswirkungen eines Ausbaus familienunterstützender Angebote, nicht zuletzt auch in Form »Früher Hilfen« und einer damit verbundenen gestiegenen Sensibilität für eine frühzeitige Förderung, aber eben auch beim Schutz des Kindeswohls bis zu den Hilfen zur Erziehung. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass die Aufgaben im Rahmen des staatlichen Wächteramtes eine höhere Bedeutung im Handeln der Jugendämter erlangt haben.

Historischer Tiefststand bei Kindstötungen

Bereits vor vier Jahren konnte anhand der Todesursachenstatistik sowie internationaler Vergleichsstudien gezeigt werden, dass – bei aller Tragik der Einzelschicksale – Kindstötungen, insbesondere aufgrund von Vernachlässigungen und Misshandlungen im familiären Raum, in Deutschland singuläre Ereignisse sind (vgl. Fuchs-Rechlin 2006). Seither ist die Anzahl der Fälle noch weiter zurückgegangen. Für das Jahr 2009 weist die Todesursachenstatistik des Statistischen Bundesamtes nunmehr noch 38 Fälle aus, bei denen Kinder unter 10 Jahren aufgrund eines tätlichen Angriffs zu Tode gekommen sind. Auf 1 Mio. unter 6-Jährige kommen damit derzeit etwa 5 Fälle, Anfang der 1980er-Jahre waren es noch 15.

Ein Blick in die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) des BKA bestätigt diesen Befund. Die hierüber erfasste Zahl der Mord-, Totschlags- und Tötungsopfer unter 6 Jahren lag 2009 mit 158 Fällen pro Jahr noch nie so niedrig. Auf 1 Mio. Kinder kommen damit rechnerisch 38 Mord- bzw. Tötungsfälle – ebenfalls ein historischer Tiefststand.

So niedrig diese Fallzahlen auch sind, so richtig ist auch, dass hierüber in Sachen Vernachlässigung und Misshandlung nur die Spitze des Eisbergs dargestellt wird (vgl. Fendrich/Pothmann 2010). Zumindest diese ist jedoch nicht breiter, sondern schmaler geworden.

Zunahme der Anzeigen bei Misshandlungen

Bleibt man noch beim Bild des Eisbergs, so sind die in der PKS erfassten Anzeigen bei der Misshandlung von Schutzbefohlenen das, was man unmittelbar unter der Wasseroberfläche an Gewalt gegen Kinder insbesondere in der Familie zu erkennen glaubt. Diese Zahl hat sich zwischen 2002 und 2008 deutlich von 2,5 auf 4,4 Fälle pro 10.000 der unter 6-Jährigen erhöht, ist allerdings 2009 nicht weiter angestiegen (vgl. Tab. 1). Dokumentiert wird hierüber nicht unbedingt ein Anstieg der Gewalt gegenüber Kindern, sondern vielmehr ein sich veränderndes Anzeigeverhalten, vielleicht so etwas wie eine neue »Kultur des Hinsehens«.

Verdopplung bei den erzieherischen Hilfen

Geht man einmal von einer gestiegenen gesellschaftlichen, aber auch professionellen Wachsamkeit gegenüber den Gefährdungslagen von Kindern aus, dann müssen in diesem Kontext auch die gestiegenen Fallzahlen für die Hilfen zur Erziehung bei unter 6-Jährigen gesehen werden. Seit 2002 hat sich die Zahl der jährlich begonnenen Leistungen für diese Altersgruppe – berücksichtigt werden hier SPFH, Tagesgruppe, Vollzeitpflege und Heimerziehung – von knapp 23.300 auf immerhin rund 44.300 erhöht. Auch im Verhältnis zur Bevölkerung entspricht dies in etwa einer Verdopplung (vgl. Tab. 1). Dies geht vor allem auf den Zeitraum 2005

Editorial

Mit dem Erscheinen dieser Ausgabe ist eines gewiss: Die Aufgaben der Dortmunder Arbeitsstelle können weitergeführt werden. Geblieben sind in der vor kurzem begonnenen neuen Förderphase die Grundaufgaben der fachlichen Kommentierung von Ergebnissen der KJH-Statistik sowie Beiträge zur Weiterentwicklung der Erhebungsinstrumente. Neu hinzu kommen werden thematische Aufgabenschwerpunkte im Bereich der Indikatorenentwicklung, der Auswirkungen rechtlicher Grundlagen für die Kinder- und Jugendhilfe sowie vertiefende Analysen zu Themen wie Inklusion, Migration, prekäre Lebenslagen oder Kinderschutz.

Die vorliegende Ausgabe von Kom^{Dat} betrachtet in gewohnter Form die zuletzt veröffentlichten Ergebnisse der KJH-Statistik zu den Hilfen zur Erziehung, den Eingliederungshilfen sowie zu den hoheitlichen Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe. Schon etwas ungewöhnlicher sind im Verhältnis dazu zwei weitere Themen dieser Ausgabe: Zum einen wird mit dem Betreuungsatlas ein Kooperationsprojekt des DJI mit der AKJ^{Stat} vorgestellt. Auf diese Weise kann jedes Jugendamt überprüfen, wo es in Sachen frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung steht. Zum anderen präsentieren wir erstmalig für Deutschland einige unerwartete Ergebnisse auf der Basis einer Auswertung von Mikrozensus-Daten zum beruflichen Alltag des Kita-Personals. In der Summe liegt damit nach unserem Eindruck wieder ein spannendes Heft vor.

Inhalt

Schwerpunktthemen

- Frühe Hilfen als aktiver Kinderschutz . . . 1
- Bedarf an Hilfen für Familien ungebrochen – Inanspruchnahme steigt auf über 1 Mio. 2
- Kita in der Region – DJI-Betreuungsatlas legt erhebliche Ungleichheiten offen. . . . 4
- Kita-Personal. Erzieher/innen und Kinderpfleger/innen im Spiegel des Mikrozensus 6

Notizen

- Statistische Ämter, Neues aus der AKJ^{Stat} 8

bis 2008 und dabei insbesondere auf eine Expansion ambulanter Leistungen zurück. Gleichwohl sind zuletzt auch häufiger als noch vor einigen Jahren familienersetzende, stationäre Formen für diese Altersgruppe in Anspruch genommen worden.

Eingriffe in die elterliche Sorge gestiegen

Dennoch ist nicht von der Hand zu weisen, dass aufseiten der Kinder- und Jugendhilfe infolge der erhöhten Wachsamkeit auch die Interventionsbereitschaft der Jugendämter zugenommen

Tab. 1: Entwicklung von Fällen der Misshandlung Schutzbefohlener, erzieherischer Hilfen sowie den Inobhutnahmen und Sorgerechtsentzügen für Kinder im Alter von unter 6 Jahren (Deutschland; 2002-2009; Angaben pro 10.000 der altersentsprechenden Bevölkerung)

	Misshandlung Schutzbefohlener (PKS)	Hilfen zur Erziehung (KJH-Statistik) ¹	Inobhutnahmen (KJH-Statistik)	Sorgerechtsentzüge (KJH-Statistik) ²
2002	2,5	50,4	6,7	7,9
2005	3,3	62,5	7,3	9,0
2008	4,4	104,2	13,3	13,3
2009	4,3	107,7	13,5	13,2

1 Dargestellt werden die im Erhebungsjahr begonnenen Hilfen für ausgewählte Leistungen. Angaben zur Erziehungsberatung werden nicht berücksichtigt.
 2 Schätzung.
 Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe; BKA: Polizeiliche Kriminalstatistik; versch. Jahrgänge; eig. Berechnungen

Hilfen zur Erziehung dürfen aber nicht per se als Eingriff, womöglich noch gegen den Willen der Eltern, betrachtet werden. Vielmehr stellen diese in erster Linie Förder- und Unterstützungsangebote für Familien dar, die zumindest formal beantragt werden müssen. Im Bedarfsfall haben aber Eltern einen Rechtsanspruch auf eine notwendige Leistung. Hierzu können beispielsweise nicht zuletzt auch Formen präventiv ausgerichteter »Früher Hilfen« gehören (vgl. NZFH 2010).

hat. So sind die Inobhutnahmen bei unter 6-Jährigen zwischen 2002 und 2009 von knapp 3.100 auf nicht ganz 5.600 Fälle pro Jahr gestiegen. Das entspricht einer Zunahme der Quote pro 10.000 der genannten Altersgruppe von 7 auf 14 Fälle (vgl. Tab. 1). Ähnlich wie bei den Hilfen zur Erziehung beruht diese Steigerung überwiegend auf der Entwicklung in den Jahren 2005 bis 2008, also der Zeit, in der die Republik auch durch den »Fall Kevin« und seine Folgen aufgeschreckt worden ist.

Dieser angedeutete Bewusstseinswandel, auch in Form einer erhöhten Interventionsbereitschaft, lässt sich weiter an den Anzeigen sowie den familiengerichtlichen Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge nachvollziehen. Letztgenannte sind zwischen 2002 und 2009 bezogen auf 10.000 der unter 6-Jährigen von 8 auf 13 Fälle gestiegen. Und wieder zeigt sich das gleiche Muster: Die deutlichsten Anstiege sind zwi-

schen 2005 und 2008 zu notieren. Auch das muss als eine bisweilen nicht vermeidbare weitere Stärkung des Kinderschutzes jenseits der elterlichen Erziehung verstanden werden.

Beruhigungen, Konsolidierungen, Erfolge

Auffällig an der Entwicklung der Indikatoren sind allerdings nicht nur die beachtlichen Zunahmen zwischen 2005 und 2008. Die Daten lassen auch erkennen, dass sich die Zuwächse zwischen 2008 und 2009 zum Teil deutlich abgeschwächt haben oder zum Stillstand gekommen sind (vgl. Tab. 1). Möglicherweise ist dies ein Hinweis darauf, dass nach einer Zunahme der Sensibilität, einer geschärften Wahrnehmung für potenzielle Gefährdungslagen, aber auch einer gestiegenen Verunsicherung in den Jahren 2006/07 (vgl. Kom^{Dat} 3/08) der Kinderschutz in Deutschland sich wieder etwas beruhigt. Das heißt: Er wird zwar nicht weniger aufmerksam und aufwändig betrieben, aber angesichts der Umsetzung der Anforderungen des § 8a SGB VIII und vielleicht auch mit Blick auf die Implementation »Früher Hilfen« doch mit etwas mehr Ruhe und Gelassenheit. Dabei gilt die Devise: So wenig Eingriffe wie möglich, so viele wie fachlich unbedingt notwendig. Wenn dies hinter den Zahlen zum Ausdruck kommt, ist die Kinder- und Jugendhilfe als ein Verantwortungsträger für das Wohl der nachwachsenden Generationen auf einem guten Weg.

Thomas Rauschenbach/Jens Pothmann

Bedarf an Hilfen für Familien ungebrochen – Inanspruchnahme steigt auf über 1 Million junge Menschen

Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfen für seelisch behinderte junge Menschen 2009

Mit den seitens des Statistischen Bundesamtes vorgelegten »2009er-Ergebnissen« zu den Hilfen zur Erziehung, den Eingliederungshilfen für seelisch behinderte junge Menschen sowie den Hilfen für junge Volljährige liegen zum dritten Mal Befunde der seit 2007 veränderten und verbesserten Erhebung vor. Im Fokus steht dabei der größte Teil einzelfallbezogener Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe im Falle sozialer Benachteiligungen oder auch individueller Beeinträchtigungen. Einmal mehr zeigt sich, dass der Bedarf an individuellen Unterstützungsleistungen der Kinder- und Jugendhilfe weiter zunimmt, und das nach wie vor bei den ambulanten Leistungen. Allerdings ist zuletzt auch bei den stationären Hilfen kein Rückgang der Fallzahlen mehr zu beobachten.

Verdreifachung der Fallzahlen

Für die Hilfen zur Erziehung (HzE) ist für die letzten Jahrzehnte ein beachtlicher Expansions- und Ausdifferenzierungsprozess zu konstatieren (vgl. Rau-

schenbach 2010). Hierzu gehört auch, dass die Eingliederungshilfen für seelisch behinderte junge Menschen als angrenzender Leistungsbereich zu den HzE immer häufiger in Anspruch ge-

nommen werden. Die Trends haben sich 2009 weiter fortgesetzt.

So wurden im letzten Jahr immerhin 954.428 junge Menschen über Leistungen der Hilfen zur Erziehung erreicht. Hinzu kommen 49.473 Empfänger/in-

nen von Eingliederungshilfen für seelisch behinderte junge Menschen. Zusammen beläuft sich damit der Adressatenkreis auf rund 1 Mio. junge Menschen pro Jahr. Dabei werden allerdings junge Menschen, die im Laufe eines Jahres mehrere Hilfen in Anspruch nehmen, mehrfach erfasst (vgl. Kom^{Dat} 1/09). Dennoch: Bezogen auf die unter 21-Jährigen entspricht dies – statistisch betrachtet – immerhin rund 6% dieser Altersgruppe.

Auch wenn aufgrund der Umstellung der Erhebung zu den erzieherischen Hilfen im Jahre 2007 längere Zeitreihen zur Inanspruchnahme nur von begrenzter Aussagekraft sind, so können doch für einzelne Leistungen der HzE die Fallzahlentwicklungen betrachtet werden. Für die 2000er-Jahre ist dabei zu konstatieren, dass – bis auf die Heimerziehung – die Zahl der HzE zugenommen hat. Während für die Hilfen gem. § 34 SGB VIII zumindest zwischen 2000 und 2005 noch ein Rückgang der Fallzahlen zu beobachten ist – nicht aber mehr für die Jahre 2005 bis 2009 –, sind für die Vollzeitpflege, aber insbesondere für die familienunterstützenden und -ergänzenden Leistungen erhebliche Zuwächse festzustellen. Insbesondere das Fallzahlenvolumen für die SPFH hat sich im benannten Zeitraum verdreifacht (vgl. Tab. 1). Dabei ist allein zwischen 2008 und 2009 bei dieser Hilfe eine Zunahme um 15% auf zuletzt 93.360 Fälle zu beobachten.

In ähnlicher Weise – und damit stärker als die meisten HzE – ist zwischen 2008 und 2009 auch die Zahl der Eingliederungshilfen gestiegen. Ihre Gesamtzahl belief sich 2009 auf immerhin knapp 50.000; das sind 14% mehr als im Vorjahr. Ähnlich dem allgemeinen Trend in den HzE ha-

Tab. 1: Fallzahlen für ausgewählte Leistungen der Hilfen zur Erziehung (Deutschland; 2000-2009; Anzahl absolut; Summe der andauernden und beendeten Hilfen)

	Familienunterstützende und -ergänzende Hilfen						Familienersetzende Hilfen			
	Erziehungsbeistandschaften		Sozialpäd. Familienhilfe		Erziehung in Tagesgruppe		Vollzeitpflege		Heimerziehung ¹	
	Abs.	Index	Abs.	Index	Abs.	Index	Abs.	Index	Abs.	Index
2000	20.115	100	31.232	100	22.296	100	57.862	100	95.070	100
2005	26.636	132	48.302	155	23.513	105	59.407	103	85.990	90
2008	32.456	161	81.164	260	24.951	112	66.069	114	86.163	91
2009	36.322	181	93.360	299	26.162	117	69.972	121	91.395	96

¹ Einschließlich der betreuten Wohnformen gem. § 34 SGB VIII.
Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Erzieherische Hilfen, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

ben dabei vor allem die Fallzahlen in den ambulanten Hilfesettings zugenommen. Das Fallzahlenvolumen der Hilfen gem. § 35a SGB VIII insgesamt hat auch im Vergleich zu einzelnen Leistungen der HzE eine beachtliche Größenordnung erreicht, liegt ihre Inanspruchnahme doch bereits jetzt über der der Erziehungsbeistandschaft oder auch der Tagesgruppenerziehung.

Ambulant vor Stationär

Diese Entwicklungen lassen bereits erahnen, dass es sich bei HzE heute vor allem um ambulante Leistungen handelt. Und in der Tat: Selbst nach dem Herausrechnen der Erziehungsberatung dominieren mit 68% innerhalb der HzE die familienunterstützenden

und -ergänzenden Leistungen. Rund 32% der Hilfeempfänger/innen leben somit nicht mehr bei den Eltern, sondern in einer Pflegefamilie oder einer stationären Einrichtung bzw. einer betreuten Wohnform.

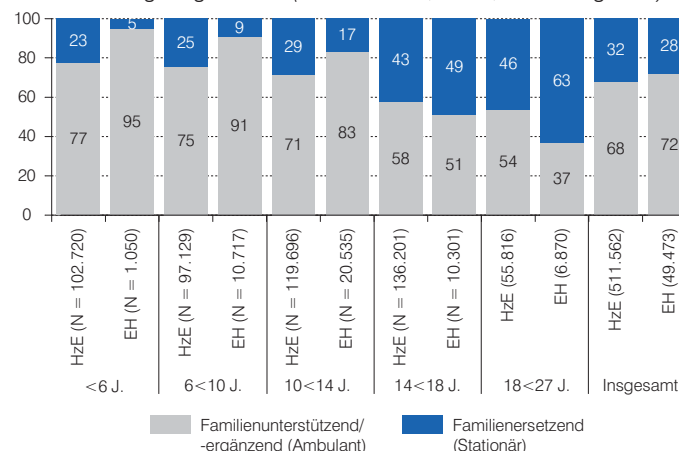
Eine ganz ähnliche Verteilung zeigt sich bei den Eingliederungshilfen. Sogar 72% gehen hier zurück auf ein ambulantes oder teilstationäres Angebot, wobei allerdings im Gegensatz zu den HzE für diese Hilfeform nur eingeschränkte Aussagen zu den unterschiedlichen ambulanten Hilfesettings vorliegen. Nicht ganz jede vierte Eingliederungshilfe wird in einem stationären Unterbringungssetting in Anspruch genommen (vgl. Abb. 1). Pflegepersonen spielen bei -35a-Hilfen eine nur untergeordnete Rolle. Gerade einmal 1% dieser Fälle sind Unterbringungen in einer Pflegefamilie.

Stationäre Unterbringungen – eine Frage des Alters

Die Inanspruchnahme einer ambulanten oder dann doch einer stationären Hilfe scheint jedoch sowohl bei den HzE als auch bei den Eingliederungshilfen in hohem Maße vom Alter abhängig zu sein. So liegt die Quote der ambulanten Hilfen in jüngeren Jahrgängen jeweils höher als für die Jugendlichen oder gar die jungen Volljährigen. Während Kinder in HzE je nach Alter zu 70% bis 80% von einer ambulanten Leistung erreicht werden, sinkt dieser Wert für die Jugendlichen auf 58% sowie für die jungen Volljährigen auf 54%.

Ähnliches zeigt sich auch bei den Eingliederungshilfen. Während bei den unter 10-Jährigen zu etwa 90% eine ambulante Hilfe in Anspruch genommen wird, wächst mit zunehmendem Alter die An-

Abb. 1: Inanspruchnahme von HzE und Eingliederungshilfen (EH) nach Leistungssegmenten (Deutschland; 2009; Verteilung in %)



Methodische Hinweise: Datengrundlage ist die Summe aus andauernden und beendeten Leistungen. Teilstationäre Hilfen werden den familienergänzenden Leistungen zugeordnet. Erziehungsberatungen bleiben bei der Darstellung unberücksichtigt.

Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Erzieherische Hilfen 2009; eigene Berechnungen

zahl der Kinder in stationären Einrichtungen. Im Alter zwischen 10 und 14 Jahren sind dies immerhin schon 17%, bei den 14- bis unter 18-Jährigen dann schon knapp die Hälfte und bei den jungen Volljährigen haben zwei von drei Hilfen einen stationären Charakter (vgl. Abb. 1).

Hilfesysteme zwischen Umbau und Anbau

Sowohl HzE als auch Eingliederungshilfen sind Reaktionen der Kinder- und

Jugendhilfe zur Kompensation sozialer Benachteiligungen und/oder individueller Beeinträchtigungen mit dem Ziel, gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen (vgl. Rauschenbach u.a. 2009). Die Daten zeigen, dass diese Hilfesysteme weiter in zunehmendem Maße gefordert werden. Ferner wird deutlich, dass bei den HzE, aber mehr noch bei den Eingliederungshilfen vor allem mit ambulanten Leistungen agiert wird.

An dieser Stelle jedoch von einem Umbau des Hilfesystems zu sprechen,

trifft es nicht ganz. Dafür weiß man zu wenig über mögliche Wechselwirkungen innerhalb, aber auch zwischen den in den Blick genommenen Hilfesystemen. Fest steht jedoch, dass jeweils ambulant »angebaut« wurde. Dies ist nicht zuletzt auch Ausdruck eines gesellschaftlich gewollten Paradigmenwechsels von einer fürsorglichen zu einer präventiv ausgerichteten lebenswelt- und dienstleistungsorientierten Kinder- und Jugendhilfe.

Josefin Lotte/Jens Pothmann

Kita in der Region – DJI-Betreuungsatlas legt erhebliche Ungleichheiten offen

Die Darstellung der aktuellen Situation und Entwicklung der Kindertagesbetreuung in Deutschland erfolgt in den meisten Fällen auf der Ebene der Durchschnittswerte der einzelnen Bundesländer. Hinter diesen Durchschnittswerten verbergen sich vielfach erhebliche regionale Unterschiede, die die Frage nach der regionalen Chancen(un)gerechtigkeit aufwerfen. Bisher wurde der Frage nach den Gründen der Ungleichheit im interkommunalen Vergleich nur wenig Bedeutung beigemessen. Dies ist sicherlich auch darauf zurückzuführen, dass die Daten auf der Ebene der Jugendämter nicht in vollem Umfang verfügbar waren. Der DJI-Betreuungsatlas, ein Kooperationsprojekt des DJI mit der AKJ^{Stat}, versucht hier Abhilfe zu schaffen. Und dies in zweierlei Hinsicht: einerseits, Erklärungen für die teilweise erheblichen Unterschiede zu finden, und andererseits, Vergleichsdaten für die Planungsverantwortlichen in den Jugendämtern bereitzustellen.

Regionalisierte Daten liefern breitere Wissensbasis

Das SGB VIII hat das kommunale Jugendamt zu einem wesentlichen Gestalter der Rahmenbedingungen von Angeboten der frühkindlichen Bildung bestimmt. Die bisherigen regionalisierten Auswertungen der Kinder- und Jugendhilfestatistik reichten allerdings nur bis auf die Ebene der (Land-)Kreise und kreisfreien Städte (vgl. z.B. Statistische Ämter 2010). Die kreisangehörigen Jugendämter, die es in fünf Bundesländern, aber insbesondere in Nordrhein-Westfalen gibt, »verschwinden« in diesen Durchschnittswerten der Landkreise. Darüber hinaus stehen bisher nur einige Eckwerte zur Inanspruchnahme und Ganztagsbetreuung über die Publikation Kita-Regional der Statistischen Ämter zur Verfügung. Mit dem DJI-Betreuungsatlas werden nun neue Wege beschritten: In den Fokus

treten die Jugendamtsbezirke als die zentralen Akteure bei der Ausgestaltung der Kinderbetreuungslandschaft.

Erste Daten aus dem DJI-Betreuungsatlas verdeutlichen durch die dadurch aufgezeigten regionalen Disparitäten die Notwendigkeit der regionalisierten Betrachtung. Hierzu zwei Beispiele aus den Auswertungen der amtlichen Daten:

Erstens ist zu konstatieren, dass trotz des seit 1996 gültigen Rechtsanspruchs die Inanspruchnahme eines Betreuungsplatzes für 3-Jährige regional sehr unterschiedlich ausfällt (vgl. Abb. 1). Die Höhe der Inanspruchnahme schwankt hier 2008 beispielsweise allein in Nordrhein-Westfalen zwischen einzelnen Jugendamtsbezirken um über 50 Prozentpunkte. Hingegen liegt diese Spannweite in Thüringen bei lediglich knapp 14 Prozentpunkten.

Dies erklärt sich nicht zuletzt auch darüber, dass in vielen Jugendamtsbezirken für Kinder sofort mit Erreichen des dritten Geburtstags ein Betreuungsplatz bereitgestellt wird, es in anderen Jugendamtsbezirken jedoch üblich ist, dass die Neuaufnahme von Kin-

dern an den Beginn eines Kindergartenjahres gebunden ist. Durch den »aufgeschobenen« Eintritt in den Kindergarten sind viele Kinder zum Erhebungszeitpunkt der Statistik bereits 4 Jahre alt.

In diesem Heft verwendete Literatur

- Fendrich, S./Pothmann, J.: Einblicke in die Datenlage zur Kindesvernachlässigung und Kindesmisshandlung in Deutschland, in: Bundesgesundheitsblatt, 2010, H. 10, S. 1002-1010.
- Fuchs-Rechlin, K.: Kindstötungen – Was sagt die Statistik?, in: Kom^{Dat} Jugendhilfe, 2006, Sonderausgabe, S. 3-5.
- [GEW] Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (Hrsg.): Die berufliche, familiäre und ökonomische Situation von Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen – Sonderauswertung des Mikrozensus (Verfasserin: Dr. Kirsten Fuchs-Rechlin), Frankfurt a.M. 2010.
- [NZFH] Nationales Zentrum Frühe Hilfen (Hrsg.): Modellprojekte in den Ländern. Zusammenfassende Ergebnisdarstellung, Köln 2010.
- Rauschenbach, Th.: Wo steht die Kinder- und Jugendhilfe? Zwischen Bedeutungszuwachs und Marginalisierung, in: Neue Praxis, 2010, H. 1, S. 25-38.
- Rauschenbach, Th. u.a.: Prekäre Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen – Herausforderungen für die Kinder- und Jugendhilfe. Expertise zum 9. Kinder- und Jugendbericht Nordrhein-Westfalen, Dortmund, München u.a. 2009.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.): Kindertagesbetreuung regional 2009, Wiesbaden 2010.

www.dji.de -> Projekte, alphabetisch -> Regionale Unterschiede im Bedarf und Ausbauniveau der Kinderbetreuung -> Ergebnisse: Verfügbar ist hierüber der Betreuungsatlas als PDF-Datei und eine Excel-Tabelle mit allen Werten der Jugendämter Deutschlands.

Zweitens steigt generell zwischen 2007 und 2009 der Anteil der ganztags in einer Tageseinrichtung betreuten Kinder von 3 bis unter 6 Jahren. Die jugendamtbezirksbezogene Auswertung offenbart jedoch neben diesem positiven Trend zwei weitere Aspekte: In den westdeutschen Jugendamtsbezirken liegt der Anteil der ganztags betreuten Kinder beinahe flächendeckend bei unter 40%. Darüber hinaus finden sich sowohl im Norden als auch im Süden ausgedehnte Regionen, in denen höchstens jedes zehnte Kind ganztags betreut wird. Dies sind zumeist ländliche und strukturschwache Gebiete oder Regionen, in denen es noch üblich ist, eine Vor- und Nachmittagsbetreuung mit Mittagsschließung anzubieten.

Das Indikatorenset

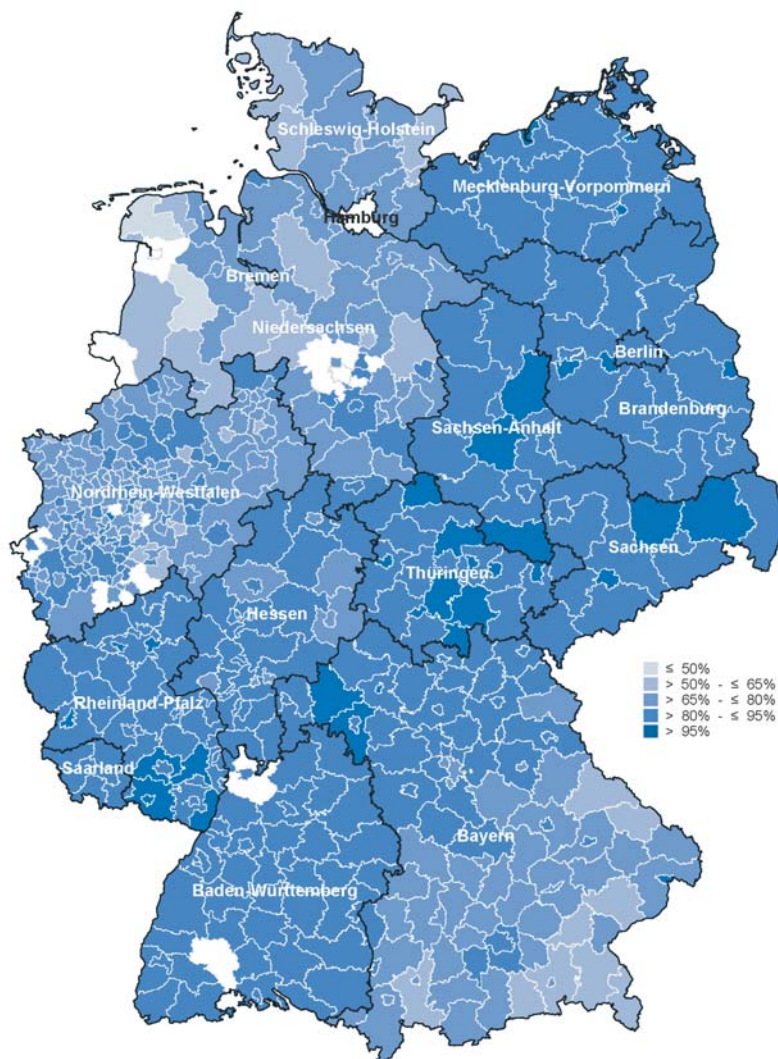
Diese beiden Schlaglichter sind dem bereits veröffentlichten Indikatorenset des Betreuungsatlas mit dem Stand des Jahres 2008 entnommen. Insgesamt bietet der Betreuungsatlas derzeit für 8 Indikatoren ein Instrument des interkommunalen Vergleichs. Diese im Betreuungsatlas präsentierten Indikatoren auf Ebene der Jugendämter liefern Aussagen sowohl zur Angebotsstruktur als auch zur Nutzung von Kindertagesbetreuung. Sie reichen von Inanspruchnahmequoten, differenziert nach Altersgruppen und Angebotsform, bis hin zu Personalressourceneinsatzschlüsseln in verschiedenen Gruppenarten in Kindertageseinrichtungen.

Interkommunale Vergleiche im Praxistest

Für die hier nur schlaglichtartig aufgezeigten interkommunalen Differenzen liegen zwar noch keine geprüften Erklärungen vor, nichtsdestotrotz können die einzelnen Kommunen die Ergebnisse bereits jetzt für einen interkommunalen Vergleich nutzen. Aus den bereitgestellten Indikatoren sollen mitunter auch selbstkritische Fragen gestellt werden: Warum fällt dieser oder jener Wert im Vergleich zu anderen Kommunen niedriger oder höher aus?

Am Beispiel des zufällig ausgewählten kreisangehörigen Jugendamtes der Stadt Plettenberg im Märkischen

Abb. 1: Kinder im Alter von 3 Jahren in Kindertageseinrichtungen in den Jugendamtsbezirken am 15.03.2008



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Kreis des Landes Nordrhein-Westfalen werden ausgewählte Fragen aufgeworfen. In der Stadt Plettenberg wird im März 2008 bei den 3-Jährigen lediglich eine Quote der Inanspruchnahme von 59,4% erreicht. Im ganzen Kreis ist dies der niedrigste Wert. Im Zuständigkeitsgebiet des Kreisjugendamtes wird eine Quote von 67,2% erreicht und in der Stadt Altena (ebenfalls im Märkischen Kreis) eine Quote von über 80%.

Diese beobachtbaren Differenzen könnten die Verantwortlichen Plettenbergs zum Anlass nehmen, einmal zu prüfen, wieso trotz eines Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz 40% der im März 2008 3-Jährigen noch keinen Kindergarten besuchen. Dabei

ist sicherlich auch zu prüfen, ob ggf. »auspendelnde« Eltern ihre Kinder in Tageseinrichtungen in der Nähe ihres Arbeitsplatzes unterbringen.

Der Fragenkatalog ließe sich weiter fortsetzen. Diese zufällig herausgegriffenen Werte machen jedoch schon deutlich, dass durch den Vergleich mit anderen Kommunen im Umfeld oder dem Landesdurchschnitt zunächst einmal vielfältige Fragen aufgeworfen werden, die ohne den externen Vergleich gar nicht gestellt würden. Darüber wird es möglich, zu einem intensiven kommunalen Diskurs über die Quantitäten und Qualitäten der Kindertagesbetreuung zu kommen.

Neue Möglichkeiten des Erkenntnisgewinns

Möglich wurde diese neue Differenzierung durch die wissenschaftlichen Analysen der Einzeldaten der amtlichen Statistik im Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter durch die AKJ^{Stat}. Das Projekt DJI-Betreuungsatlas steht allerdings erst am Anfang und verfügt noch nicht über die vollständige Datenbasis. So werden die derzeitigen Indikatoren mit den Da-

ten für 2009 und 2010 im Januar 2011 aktualisiert. Ferner werden noch weitere Indikatoren hinzugefügt.

Insgesamt soll es aber nicht bei der bloßen Datenbereitstellung bleiben. Das liefert schließlich noch keine Erklärungen für die Unterschiede. Notwendig ist also der Blick auf »das Ganze«. Das heißt, es müssen weitere erklärende Bedingungen für die Differenzen in Angebot und Nutzung von Kindertagesbetreuung identifiziert werden. Dar-

aus kann letztlich für die Kommunen steuerungsrelevantes Wissen gewonnen und können Gestaltungsmöglichkeiten identifiziert werden.

Um diesen Fragen ein Stück näher zu kommen, werden im Projekt DJI-Betreuungsatlas statistische Analysen zur Bestimmung der Einflusstärken der verschiedenen Faktoren durchgeführt. Die Ergebnisse werden nächstes Jahr vorliegen.

Jens Lange/Matthias Schilling

Das KiTa-Personal. Erzieher/innen und Kinderpfleger/innen im Spiegel des Mikrozensus

Kaum ein Berufsfeld beschäftigt die Öffentlichkeit derzeit so sehr wie das der Kindertageseinrichtungen. »MEHR Männer in die Ki-Tas«, so lautet das jüngste Modellprogramm des BMFSFJ. Ein Grund mehr, die Daten des Mikrozensus – als amtliche Repräsentativbefragung der Haushalte in Deutschland – dahingehend zu beleuchten, welche Befunde sie im Hinblick auf die familiäre, berufliche und ökonomische Situation von Frühpädagogen/innen zutage fördern (vgl. GEW 2010). Dabei bestätigen sich einige altbekannte Befunde, es zeigen sich aber auch interessante, neue Ergebnisse. Neben der Hauptgruppe der Erzieher/innen wird zudem die bislang oft vernachlässigte Gruppe der Kinderpfleger/innen in den Blick genommen.

Kinder – im Beruf oder in der Familie?

Die Professionsdebatte um Erzieher/innen wurde lange Zeit durch zwei konkurrierende Bilder geprägt: zum einen, dass der Beruf – insbesondere bei Ordensangehörigen und in konfessionell gebundenen Einrichtungen – als Ersatz für eine eigene Familie gewählt wird, zum anderen, dass junge Frauen, die diese Ausbildung durchlaufen, selbst eine besonders hohe Familienorientierung aufweisen, also mehr Kinder haben als der Durchschnitt. Beide Annahmen zeigen sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts so nicht mehr.

Schaut man sich die 40- bis unter 45-jährigen Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen an – in diesem Alter ist die Familiengründung weitestgehend abgeschlossen –, so unterscheiden sie sich nicht von Frauen anderer Berufe: Der Anteil der erwerbstätigen Frauen mit Kindern liegt bei den Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen zusammen bei 81%, bei allen erwerbstätigen Frauen mit 78% nur geringfügig darunter.

Beide Gruppen, sowohl das Kita-Personal als auch die anderen erwerbstätigen Frauen, bekommen im Durchschnitt 1,5 Kinder. In dieser Hin-

sicht besteht also kein erkennbarer Unterschied. Stattdessen öffnet sich die Schere zwischen den erwerbstätigen und den nicht erwerbstätigen Frauen: Während nur 12% der nicht erwerbstätigen Frauen in dieser Altersgruppe keine Kinder und im Schnitt mit 2,0 auch mehr Kinder haben, sind immerhin 20% der erwerbstätigen Frauen kinderlos.

Teilzeit – Wunsch oder Zwang?

Eine wichtige Funktion für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat inzwischen die Teilzeitarbeit. So erstaunt es zunächst nicht, dass »Frauenberufe« wie die der Erzieherin oder Kinderpflegerin eine hohe Teilzeitquote aufweisen. Nur die Hälfte der Erzieher/innen ist vollzeittätig, arbeitet also mindestens 35 Stunden pro Woche. Mitte der 1990er-Jahre lag dieser Wert noch bei 65%. Bei den Kinderpfleger/innen waren es zuletzt sogar nur 38% Vollzeittätige.

Während von den Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen 50% vollzeittätig sind, liegt dieser Wert bei den Männern bei 72%. Demzufolge liegen die Frauen auf gleicher Höhe mit allen weiblich erwerbstätigen – hier beläuft sich die Vollzeitquote ebenfalls auf 50% –, während die Männer in der Kindertagesbetreu-

ung mit ihrer Vollzeitquote jedoch weit unter allen erwerbstätigen Männern liegen. Letztere sind zu 90% vollzeitbeschäftigt. Teilzeitbeschäftigung scheint somit in der Kita strukturell stärker verankert zu sein als in anderen Berufsreichen (z.B. kaufmännische oder Gesundheitsdienstberufe).

Allerdings muss dieser Befund relativiert werden. So arbeitet immerhin rund ein Drittel der Beschäftigten »gezwungenermaßen« in Teilzeit, da der Arbeitsmarkt keineswegs immer Vollzeitstellen zur Verfügung stellt. Besonders hoch ist deren Anteil in Ostdeutschland. Im Westen hingegen ist das Kita-Personal mit seinem Arbeitszeitumfang eher zufrieden.

Eine wichtige Rolle spielt bei der Teilzeitarbeit die familiäre Situation der Beschäftigten: 67% des Kita-Personals mit Kindern arbeitet in Teilzeit. Bei Personen ohne im Haushalt lebende Kinder liegt dieser Anteil bei 36%. Während mit der Anzahl der Kinder die Teilzeitquote steigt, scheint diese vom Alter der Kinder eher unabhängig zu sein: So liegt die Teilzeitquote mit Blick auf das Alter des jüngsten Kindes über alle Altersgruppen hinweg relativ konstant bei 72% bis 75%. Erst wenn das jüngste

Kind mindestens 15 Jahre alt ist, sinkt die Teilzeitquote auf rund 59%.

Befristung (k)ein Einstiegsphänomen?

Neben der Teilzeitquote ist im Arbeitsfeld Kindertagesbetreuung auch die Befristungsquote hoch: Während bei allen Erwerbstätigen 8% der Beschäftigungsverhältnisse befristet sind, liegt der Wert bei Erzieher/innen (ohne Berufspraktikanten/innen) bei 15% und bei Kinderpfleger/innen sogar bei 18%.

Ungewiss ist die berufliche Situation vor allem bei jüngeren Fachkräften. Mehr als die Hälfte der unter 25-Jährigen sind befristet tätig; auch bei den 25- bis unter 35-Jährigen liegt die Befristungsquote mit rund 21% noch auffällig hoch. Zum Vergleich: Bei allen Erwerbstätigen sind in dieser Altersgruppe nur noch 15% befristet beschäftigt.

Die durchschnittliche Befristungsdauer beim Kita-Personal liegt bei 12 Monaten. Möglicherweise handelt es sich hierbei häufiger um Elternzeitvertretungen. Denkbar ist aber auch, dass sich hierin die Umstellung der Finanzierungsmodalitäten – von einer platz- auf eine kindbezogene Bezuschussungspolitik – widerspiegelt.

Bei einer durchschnittlichen Befristungsdauer von 12 Monaten und einem Durchschnittsalter von 29 Jahren scheint das Kita-Personal noch zu einem Zeitpunkt der Berufslaufbahn befristet beschäftigt zu sein, zu dem es vielleicht schon eine zweite oder gar dritte Beschäftigung angetreten hat. Befristung könnte somit möglicherweise kein »reines« Berufseinstiegsphänomen mehr sein. Genauer lässt sich dies aber nur mit Längsschnittauswertungen analysieren.

Entwarnung bei der ökonomischen Situation!

Im Mikrozensus wird nicht das Erwerbseinkommen, sondern das gesamte Nettoeinkommen einer Person erhoben. Hierunter fallen auch andere Einkommensquellen (z.B. Kindergeld). Die Höhe des Erwerbseinkommens kann also nicht genau beziffert werden.

Stattdessen wird nach der Einkommensquelle, aus der der Lebensunterhalt überwiegend bestritten wird, gefragt. Beim Kita-Personal ist dies zu 90% die eigene Erwerbsarbeit, wobei der Anteil bei den Kinderpfleger/innen mit 71% deutlich unter dem der Erzieher/innen liegt.

Insgesamt liegen die Kita-Beschäftigten auf einer Höhe mit allen Erwerbstätigen, sie stehen sogar etwas besser da als die erwerbstätigen Frauen insgesamt. Von diesen bestreiten lediglich 85% ihren Lebensunterhalt überwiegend aus der Erwerbsarbeit. Neben der Erwerbstätigkeit nennen 7% die Unterstützung durch die Familie bzw. den/die Partner/in; jeweils knapp 2% beziehen Transferleistungen bzw. Elterngeld.

- Teilzeitarbeit ist ein Strukturmerkmal des Arbeitsfeldes der Kindertagesbetreuung.
- Befristung ist längst nicht mehr nur ein Berufseinstiegsphänomen.
- Arbeitszeitumfang von +/- 30 Wochenstunden ermöglicht Existenzsicherung.

Dieser hohe Anteil an Erzieher/innen und Kinderpfleger/innen, die ihren Lebensunterhalt überwiegend aus eigener Erwerbsarbeit bestreiten, überrascht angesichts der hohen Teilzeitquoten. Schließlich ist davon auszugehen, dass eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit mit einer Teilzeitbeschäftigung nur schwer möglich ist.

Eine genauere Betrachtung der Teilzeitbeschäftigten nach dem Umfang ihrer wöchentlichen Arbeitszeit zeigt jedoch, dass es sich dabei keineswegs immer um eine klassische »Halbtagsstelle« handelt. Zu 35% geht das Kita-Personal einer »vollzeitnahen Teilzeitbeschäftigung« zwischen 30 und 35 Stunden nach und zu 28% arbeitet es mehr als 21 Stunden pro Woche. Weniger arbeiten 37% der Teilzeitkräfte.

Zugleich geben ab einer wöchentlichen Arbeitszeit von 25 bis 30 Stunden nahezu alle Kita-Beschäftigten an, ihren Lebensunterhalt überwiegend aus eigener Erwerbsarbeit zu bestreiten. Bei einer Tätigkeit zwischen 20 und 25 Stunden ist dies nur 85% möglich, bei einer Tätigkeit von unter 21 Stunden sogar nur 58%. Die kritische Schwelle zur

Existenzsicherung scheint demnach bei den Erzieher/innen bei einem Arbeitszeitumfang von 25 bis 30 Stunden pro Woche zu liegen; bei den Kinderpfleger/innen liegt sie mit 30 bis 35 Stunden etwas höher.

Entsprechend dem hohen Anteil des Personals, das den Lebensunterhalt über Erwerbsarbeit bestreitet, spielt auch die Aufstockung durch Hartz IV – mit einem Anteil von knapp 2% – keine größere Rolle als bei den Erwerbstätigen insgesamt.

Eine multivariate Analyse zeigt den Vorrang der beruflichen Merkmale gegenüber den persönlichen bzw. familiären. Den stärksten Einfluss auf den Bezug von Sozialtransfers hat der Arbeitszeitumfang. Dieser steht in einem unmittelbaren Zusammenhang zur Einkommenshöhe. Eine Vollzeitbeschäftigung verringert am stärksten das Risiko, auf Sozialtransfers angewiesen zu sein. Erst danach folgt die Lebensform. Bei Paarfamilien ist das Risiko, auf Transfergeld angewiesen zu sein, am niedrigsten, bei Alleinerziehenden am höchsten. Sie können bei hohen Opportunitätskosten, die dadurch entstehen, dass sie dem Arbeitsmarkt aufgrund ihrer Erziehungsverantwortung nicht in vollem Umfang zur Verfügung stehen, auch die möglichen Synergieeffekte des »gemeinsamen Wirtschaftens« einer Partnerschaft nicht nutzen.

Die Untersuchung zur ökonomischen Situation zeigt, dass dieser Beruf – unabhängig davon, ob der gesellschaftliche Stellenwert bzw. die monetäre Anerkennung dieser Tätigkeit angemessen ist – in den allermeisten Fällen eine Existenzsicherung ermöglicht. Offen bleibt jedoch, ob Männer, sofern sie in diesem Arbeitsfeld einen nennenswerten Umfang erreichen würden, auch dieser Meinung wären.

Kirsten Fuchs-Rechlin

1 Bei der Analyse der ökonomischen Situation musste aufgrund zu geringer Fallzahlen auf alle Erzieher/innen und Kinderpfleger/innen im Datensatz zurückgegriffen werden. Im Folgenden werden die Beschäftigten gleichwohl weiterhin als »Kita-Beschäftigte« bezeichnet, zumal 69% der benannten Berufsgruppen in Kindertageseinrichtungen tätig sind.

13. Jahrgang

Herausgeber:

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach

Redaktion:

Dr. Jens Pothmann

Dr. Matthias Schilling

Sandra Fendrich

Erscheinungsweise: 3-mal jährlich

Impressum

ISSN 1436-1450

Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- & Jugendhilfestatistik – AKJ^{Stat}

Technische Universität Dortmund
FK12/Forschungsverbund DJI/TUDo
CDI-Gebäude, Vogelpothsweg 78
44227 Dortmund

Tel.: 0231/755-5557

Fax: 0231/755-5559

www.akjstat.uni-dortmund.de

E-Mail: komdat@fb12.uni-dortmund.de

Bezugsmöglichkeiten:

Die Ausgaben von Kom^{Dat} sind kostenfrei. Die Hefte werden als PDF-Datei per E-Mail oder als Druckfassung auf dem Postwege verschickt.

Satz: AKJ^{Stat}

Druck: Offsetdruck J. Heinze Dortmund

Statistische Ämter

Das Statistische Bundesamt hat bereits Ende Oktober erste Eckzahlen zur Zahl der Kinder in öffentlich organisierten Formen der *Kindertagespflege* vorgelegt. Im März 2010 waren dies rund 112.000 Kinder, insbesondere solche im Alter von unter 3 Jahren (64%). Gegenüber dem Vorjahr ist die Inanspruchnahme von Angeboten der Kindertagespflege laut KJH-Statistik damit insgesamt um 14%, bei den unter 3-Jährigen um 18% gestiegen. Dies ist zwar eine durchaus beachtenswerte Zunahme. Allerdings ist dieser Anstieg immer noch deutlich zu gering, um bis 2013 ein Angebot an Kindertagespflege zu schaffen, das den Ausbauzielen des »KIFÖG« entspricht (siehe auch www.bmfsfj.de).

Jenseits aktueller Pressemeldungen haben Fachleute des Statistischen Bundesamtes in Sachen Kinder- und Jugendhilfestatistik in der Zeitschrift »Wirtschaft und Statistik« (2/2010) einen Beitrag zur bundesweiten sowie landesspezifischen *Inanspruchnahme* von Angeboten der *Kindertagesbetreuung* durch Familien mit und ohne *Migrationshintergrund* veröffentlicht. Berechnet werden hier auf der Basis der KJH-Statistik sowie des Mikrozensus migrationsspezifische Betreuungsquoten nach Altersgruppen. Die Statistiker kommen zu dem Ergebnis, dass Angebote der Kindertagesbetreuung bundesweit von Kindern ohne Migrationshintergrund häufiger besucht werden. Der Artikel ist kostenlos beim Statistischen Bundesamt herunterzuladen (www.destatis.de).

Möglich sind Analysen dieser Art nur aufgrund der Befunde des Mikrozensus. Er liefert die notwendigen Referenzgrößen zur Berechnung migrationsspezifischer Quoten der Inanspruchnahme für die Kindertagesbetreuung. Die Ergebnisse des Mikrozensus 2009 zur »*Lebenslage Migration*« stehen seit Juli 2010 zur Verfügung. Ein ausführlicher Tabellenband mit methodischen Erläuterungen sowie zusätzlichen kartografischen Darstellungen ist kostenlos verfügbar unter www.destatis.de.

Neues aus der AKJ^{Stat} und dem Forschungsverbund

Die AKJ^{Stat} hat an einem von Thomas Rauschenbach und einem Autorenteam erstellten *Gutachten zur Lage und Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg* mitgearbeitet. Im Rahmen der 400 Seiten umfassenden Expertise wird erstmalig für ein Bundesland eine umfassende Bestandsaufnahme zu den unterschiedlichen Facetten der offenen und verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit vorgenommen. Dabei sind neben zahlreichen anderen Quellen nicht zuletzt auch Daten der KJH-Statistik ein wichtiger Bestandteil der Datengrundlage. Das Gutachten kann bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg bestellt werden (www.lpb-bw.de).

Einen *Datenband zur Kinder- und Jugendarbeit* – ausschließlich auf Basis der Daten der KJH-Statistik – hat das Bundesland *Hessen* veröffentlicht. Der vorliegende Bericht in einem Umfang von knapp 200 Seiten dokumentiert die Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit für Hessen in den letzten 20 Jahren, analysiert die Situation im Bundesländervergleich und stellt anhand von indikatorengestützten Profilen für die Landkreise und kreisfreien Städte die regionalen Unterschiede im Land dar. Der Bericht ist beim Hessischen Sozialministerium kostenlos erhältlich (www.hsm.hessen.de).

Einen *Bundesländervergleich* für ausschließlich öffentlich geförderte *Maßnahmen der Jugendarbeit* hat die AKJ^{Stat} im Juli dieses Jahres vorgelegt. Ausgewertet werden in dem Bericht auf der Basis des Teil II der KJH-Statistik Angaben zur Anzahl der Veranstaltungen und Projekte sowie zu den daran teilnehmenden Personen. Ferner fließen Analysen u.a. zur Trägerstruktur und zum Angebotsspektrum mit ein. Der Bericht kann kostenlos beim Deutschen Bundesjugendring heruntergeladen werden (www.dbjr.de).

Der Forschungsverbund DJI/TU Dortmund ist mit einem neuen Internetangebot online: www.forschungsverbund.tu-dortmund.de